

Erklärung des Freundeskreises Palast der Republik zum 19. September 2011

Am 19. September 1990, vor 21 Jahren, wurde der Palast der Republik unter fragwürdigen Umständen geschlossen.

Als fadenscheiniger Grund wurde der Kampfbegriff „Asbestverseuchung“ geprägt. Er war und ist unglaublich. Asbestsachverständige verwenden den Begriff der Asbestbelastung.

Die Mitarbeiter des Palastes wurden von ihren Arbeitsplätzen ebenso ausgesperrt wie die damaligen Volkskammerabgeordneten, die gerade dabei waren, die umfangreichen Materialien des Einigungsvertrages zu lesen.

Letztere, damals im Volksmund auch als „Laienspieltruppe“ bezeichnet, mußten ihre Arbeit in Räumen fortsetzen, die mindestens ebenso „asbestverseucht“ waren wie ihre bisherigen.

Von den ehemaligen Palastmitarbeitern ist trotz jahrelangem Aufenthalt in diesen angeblich „verseuchten“ Räumen nach heutigen Erkenntnissen niemand an Asbestose erkrankt oder gestorben. Asbestbelastet sind mehr als 4.000 öffentliche Gebäude in Berlin. Wurden sie geschlossen oder beseitigt?

Die Messwerte der Asbestbelastung des Palastes, die die Grundlage der Schließung waren und sind bis heute der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Warum?

Die nach der Schließung aufkommende Debatte zur Gestaltung des Schlossplatzes unterdrückte nachhaltig die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung, die geprägt war durch den Vorschlag, den Palast sinnvoll in die zukünftige Gestaltung des Schlossplatzes einzubeziehen. Diese Idee unterbreitete der Chefarchitekt des Palastes, Prof. Graffunder.

Eine lautstarke Minderheit, unterstützt durch Politiker und „Bürgerrechtler“ der DDR, die sich als vermeintliche Sieger der Geschichte betrachten und Schreiberlinge führender Medien warben für ein Schloss, dessen Pseudocharakter kaum zu übersehen ist.

Das bedeutete die Vernichtung des Palastes der Republik.

Dieser Akt des politisch gewollten Abrissvandalismus wurde von 431 Mandatsträgern des Deutschen Bundestages unter Missachtung des mehrheitlichen Willens der Bürger zum Palasterhalt am 19. Januar 2006 beschlossen. Ihre Grundlage war nicht politische Vernunft und Sachkenntnis, sondern ihr blindwütiger Hass auf die Errungenschaften der DDR.

So handeln vermeintliche Sieger der Geschichte.

Die rechtsgültigen Verträge zum Abriss waren längst von den Verantwortlichen unterzeichnet und machten diese Bundestagsveranstaltung zu einer Politposse der besonderen Art.

Der größte Teil dieser Volksvertreter hatte den Palast der Republik nie von innen gesehen und erlebt. Ihre Sach- und Fachkenntnis war gering, sie war letztlich auch nicht gefragt.

Ihr Urteilsvermögen war deshalb begrenzt und die Grundlagen der entsprechenden Bundestagsbeschlüsse bleiben fragwürdig.

Langfristig und parteiübergreifend angelegt werden verallgemeinerungsfähige Grundziele einer Politik sichtbar, deren Akteure ihr Hass auf alles, was die DDR hervorgebracht hat, vereint.

Dazu gehören einige „Bürgerrechtler“ und Oppositionelle der DDR, heute mit Bundestagsmandaten oder anderen einträglichen Funktionen bedacht, die an diesem, in der neueren deutschen Geschichte wohl einmaligen kulturpolitischen Verbrechen ebenso beteiligt sind wie verantwortliche Politiker, beispielsweise mehrere Bundeskanzler, Bauminister, Bundestagspräsidenten. Dazu gehören die Bundeskanzler Kohl und Schröder ebenso wie die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel oder solche Bauminister wie die Herren Stolpe, Müntefering, Tiefensee und Ramsauer.

Entsorgt werden soll auf diese Weise auch ein Stück Geschichte, speziell Architekturgeschichte der DDR.

Die einfache Wahrheit ist, dass auf dem Schlossplatz die 1991 verkündete Delegitimierungsstrategie gegen die ehemalige DDR am konkreten Beispiel praktiziert wurde.

Die politische Blamage für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, insbesondere für die „Volksparteien“ ist nicht zu übersehen, ihre Dimension hat längst die Grenzen Deutschlands und die des gesunden Menschenverstands überschritten.

Letzterer ist ungebrochen und hat sich mit aktualisierten Zielen neu formiert.

Im Freundeskreis Palast der Republik, der im März 2007 gegründet wurde, sind prominente Architekten, Denkmalschützer, Vereine und Interessengruppen, Historiker, ehemalige Mitarbeiter des Palastes vereint.

Mit dabei sind Kulturwissenschaftler, viele ehemalige Palastbesucher und wachsame Bürger aller Altersklassen, Berufe und sozialen Schichten aus Ost und West sowie dem Ausland.

Sie wenden sich mit Empörung und Sachverstand gegen den politisch motivierten Abrissvandalismus, gegen ein Kulturverbrechen und gegen die damit verbundene Volksverdummung.

Das weitgehende Verschweigen des langjährigen Protestes zeigt die Dimension des Demokratiedefizits der Herrschenden in Deutschland und ihre Realitätsferne zu demokratischen Grundprinzipien.

Der damalige Bundestagspräsident, Herr Thierse, hat die Neutralität seines Amtes missachtet, indem er einseitig ein nostalgisches Schlossplagiat nach Kräften fördert, sachlichen Gesprächen mit Freunden des Palastes ausgewichen ist bzw. ablehnte, vorwiegend hinter den Kulissen der Politik agiert und rigoros den Palastabbriss betrieb.

Als Mitglied des Parteivorstandes der SPD haben er und andere diesbezügliche Wahlversprechen ihrer Partei gebrochen.

Der Freundeskreis vertritt die Auffassung, dass der politische Umgang mit diesem Haus seit 1990 eine Beleidigung der Meinungsmehrheit der ostdeutschen Bevölkerung, der nationalen und internationalen Gäste dieses Hauses, der Mitarbeiter, Künstler, Interpreten u.a., die dort wirkten, ist. Der Umgang mit dem Palast der Republik wird so zum herausragenden für alle sichtbarem Beispiel und Symbol für den undemokratischen Prozess der deutschen Wiedervereinigung und damit zu dessen Symbol in seiner ganzen Vielschichtigkeit.

Aus dieser Sicht bleibt uns der Palast der Republik noch lange erhalten.

Der Freundeskreis hat seine langjährigen Forderungen aktualisiert und dem Deutschen Bundestag als Massenpetition übergeben.

Seine Hauptforderung besteht darin, dass die uneingeschränkte Transparenz zu allen Vorgängen, die den Palast der Republik und den Berliner Schlossplatz seit 1990 betreffen, durch die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag hergestellt wird.

Dazu zählt auch die korrekte Begründung, warum die Einhaltung der Artikel 14.2 des Grundgesetzes und des Artikels 35.2 des Einigungsvertrages hinsichtlich des Palastes der Republik missachtet wurden und sie durch den Bundestag seit Jahren der Öffentlichkeit verweigert wird.

Dazu zählt auch die Offenlegung des Gegenstands und des Ergebnisses der vom Innensenator von Berlin veranlassten Ermittlungen gegen den Förderverein Berliner Schloss. Das Schweigen des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Wowereit, von uns dazu angesprochen, spricht Bände.

Ebenso erwarten wir eine Begründung des Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin, warum diesbezügliche konkrete, ihm vorliegende Erkenntnisse dem Freundeskreis und der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

An der Bereitschaft zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen werden wir die politische Glaubwürdigkeit verantwortlicher Politiker messen, besonders im Wahl- und Jubiläumsjahr 2011.

Wir erwarten von der Bundeskanzlerin, vom Bundestagspräsidenten, von Bundestagsabgeordneten und weiteren politisch Verantwortlichen eine öffentliche Stellungnahme und Gesprächsbereitschaft. Wir bitten die Medien um Unterstützung, um das Anliegen des Freundeskreises in die Öffentlichkeit zu bringen.

Wir werden diese Erklärung und die Reaktionen in geeigneter Form veröffentlichen.

Freundeskreis Palast der Republik,
September 2011

Kontakt:

R.Denner, Tel/Fax: 030/9912254

K. Wons, Tel.: 030/911154

Mail: r.denner@gmx.de

Im Internet: www.palastschaustelle.eu